

Im
Blick-
punkt

Wenn Flüchtlinge auf dem freien Markt eine Wohnung finden, dann sind es oft Unterkünfte, die nicht mehr gut in Schuss sind. Foto: dpa



38,75 Euro für einen Quadratmeter

REGION Der Kreis Heilbronn hat die Gebühr für Flüchtlingswohnungen mehr als verdoppelt – Das trifft auch Arasch aus dem Iran, der seine erste Arbeit gefunden hat

Von unseren Redakteuren
Claudia Kostner und Jens Dierolf

Norwin Hilker versteht die Welt nicht mehr. Der 69-Jährige arbeitet ehrenamtlich im Arbeitskreis Asyl in Clebronn. Einer seiner Schützlinge, Arasch (Name von der Redaktion geändert) aus dem Iran, hat jetzt Post vom Landratsamt Heilbronn bekommen: Statt wie bisher 153 Euro soll der angestellte IT-Administrator künftig 310 Euro für seinen Anteil an einem Zwei-Bett-Zimmer in der örtlichen Asylbewerberunterkunft bezahlen. Obwohl Arasch das Geld von seinem Verdienst bezahlen kann: In Hilkers Augen wird er auf diese Weise „buchstäblich dafür bestraft“, dass er im Gegensatz zu anderen Flüchtlingen arbeitet und sich integriert.

Die Erhöhung wirkt sich im Landkreis Heilbronn auf 600 Personen aus, darunter ein Drittel Familien. Für die Betroffenen bleibt dies so lange folgenlos, so lange die Behörden

die Kosten der Unterbringung übernehmen. Zu spüren bekommen es diejenigen, die wie Arasch über ein eigenes Einkommen verfügen. Die Freude über den ersten Verdienst in Deutschland wird jäh geschmälert, wenn sich die Wohnkosten mehr als verdoppeln. „Nur bei einem kleinen Teil wirkt sich die Erhöhung tatsächlich auf das verbleibende Einkommen aus“, sagt Manfred Körner, Sprecher des Landratsamtes.

„153 Euro Miete für acht Quadratmeter bedeutet einen Quadratmeterpreis von 19,13 Euro. Bei 310 Euro sind es 38,75 Euro. Der Mietspiegel in Clebronn liegt bei 7,69 Euro“, rechnet Hilker vor. „Das kann man nur als Mietwucher bezeichnen.“ Beim Landratsamt verweist man darauf, dass selbst die aktuelle Gebühr noch nicht kostendeckend sei. Die tatsächlichen Kosten lägen noch einmal 20 Prozent darüber, erklärt Körner. Der ehemalige Gemeinde- und Kreisrat Hilker sagt: „Die Kostendeckung ist ja immer das Totschlagsargument der Ämter. Dabei handelt es sich hier doch um eine soziale Aufgabe.“

Der Landkreis Heilbronn ist bei der Erhöhung der Nutzungsgebühren keine Ausnahme. Viele Kreise haben dies in den vergangenen Monaten beschlossen, sagt Melanie Skiba vom Flüchtlingsrat Baden-Württemberg. Die Bandbreite der sogenannten Nutzungsgebühr ist dabei enorm. In der Stadt Heilbronn liegt diese noch bei 150 Euro, jedoch wird auch hier eine Erhöhung geprüft. Im Hohenlohekreis beträgt die Gebühr in den Gemeinschaftsunterkünften 170 Euro – eine Erhöhung in der vorläufigen Unterbringung ist geplant. In Ravensburg erhöhten sich die Nutzungsgebühren um 65 Prozent auf 248 Euro, in Konstanz um 128 Prozent auf 320 Euro. Und in Stuttgart gar von 179 auf 606 Euro. Nach massiven Protesten in der Landeshauptstadt hat die Stadt die Satzung wieder „in wesentlichen Punkten verbessert“, sagt Skiba. 606

Euro pro Monat für sieben Quadratmeter zu bezahlen, war schlicht nicht vermittelbar.

Ungerecht und alles andere als integrationsfördernd seien die Erhöhungen, klagt Skiba: „Einige Betroffene fühlen sich förmlich bestraft dafür, hier in Deutschland finanziell auf eigenen Füßen zu stehen. Geflüchtete könnten so von der Arbeitsaufnahme abgeschreckt werden.“ 157 Euro mehr oder weniger für den persönlichen Gebrauch zu haben, macht gerade im Niedriglohnbereich, wo viele eine Anstellung finden, einen großen Unterschied. Unverständnis herrsche darüber, dass für Privatwohnungen strenge Mietobergrenzen gelten, für Gemeinschaftsunterkünfte mit meist sehr viel niedrigerem Standard nicht, schildert Skiba die Reaktionen unter den Flüchtlingen.

„Die Kostendeckung ist ja immer das Totschlagsargument der Ämter.“

Norwin Hilker

Das Landratsamt Heilbronn verteidigt die Erhöhung. Die aktuelle Nutzungsgebühr sei 2007 kalkuliert worden. „Da sich die Verhältnisse seither stark verändert haben, musste die Gebühr neu kalkuliert werden“, sagt Körner. Mit einer reinen Wohnungsmiete sei die Nutzungsgebühr ohnehin nicht vergleichbar, schließlich umfasse sie die Miete für Grundstück, Gebäude, Strom, Heizung, Wasser, Brandschutz, Waschmaschine, Möbel und Hausmeister.

Schicksal Arasch ist froh, dass er sein Leben wieder einigermaßen selbst in die Hand nehmen kann. In seiner Heimat wurde er mehrfach verhaftet und geschlagen, weil er sich als

Moslem mit christlichen Gemeinschaften getroffen hat. Das ist im Iran verboten. Nach seiner Ankunft in Deutschland vor zwei Jahren hat er sich taufen lassen. Sein Asylantrag wurde inzwischen genehmigt. Stolz zeigt er seinen Ausweis, datiert auf den 17. Juli 2017.

Arasch lernt Deutsch und arbeitet seit 14 Monaten in einem Unternehmen im Zabergäu. Seit sein Bachelor anerkannt wurde, sogar als IT-Spezialist mit einem Gehalt von 1400 Euro netto.

„Viele Deutsche denken wahrscheinlich, Flüchtlinge können weder lesen noch schreiben, wollen nicht arbeiten. Aber es gibt auch solche mit Abitur oder Studium“, betont der 40-Jährige. Trotzdem: „Unser großes Problem ist die deutsche Sprache.“

Araschs Integration macht Fortschritte, aber auch sie kostet. Im Iran ist er 20 Jahre Auto gefahren. Jetzt hat er sich ein PC-Programm gekauft, mit dem er auf die Theorieprüfung des Führerscheins lernt, die er auf Deutsch absolvieren muss, weil es eine persische Version nicht gibt: „Aber ich melde mich erst an, wenn ich genug geübt habe.“

Arasch wünscht sich nichts mehr, als endlich wieder Platz für sich allein zu haben. Doch der Übergang auf den regulären Wohnungsmarkt verläuft schleppend (siehe Text unten). So lange anerkannte Flüchtlinge keine eigene Unterkunft finden, werden sie wie Arasch weiter nach den Standards der Gemeinschaftsunterkünfte untergebracht. Das bedeutet eine Mindestgröße von sieben Quadratmetern je Person. Mehrbettzimmer sind möglich, auch wenn der Landkreis sich bemüht, ein Höchstmaß an Privatsphäre zu ermöglichen.

„Wir suchen seit über einem halben Jahr eine kleine Wohnung für Arasch, auch für einige andere Flüchtlinge. Aber bisher konnten wir nur wenige in einer Art WG unterbringen“, sagt Norwin Hilker.

Knapper Wohnraum trifft viele Neubürger

Konkurrenz um eine günstige Unterkunft ist groß – Flüchtlinge stehen in Konkurrenz mit sozial Schwachen

Von unserem Redakteur
Jens Dierolf

HEILBRONN Es ist der wohl größte Wunsch, den die meisten Flüchtlinge hegen, die noch in den Gemeinschaftsunterkünften der Region leben: Eine eigene Wohnung, Privatsphäre, Rückzugsmöglichkeiten und Ruhe. Nach dem Abschluss ihres Asylverfahrens, spätestens aber nach 24 Monaten, können sich Flüchtlinge selbstständig um eine Wohnung bewerben. Die meisten verfügen zunächst über kein eigenes Einkommen. Die rechtliche Folge: Aus Asylbewerbern werden Hartz-IV-Empfänger – mit den gleichen Ansprüchen auf staatliche Sozialleistungen, auch bei den Miet- und Heizkosten.

Sprachbarrieren Eine Wohnung zu finden, ist für Flüchtlinge und sozial schwache Einheimische derzeit gleichermaßen schwer. Bei Flüchtlingen kommen noch Sprachbarrieren und Unkenntnis über den Weg der Wohnungssuche hinzu. „Dass es die Konkurrenz

zwischen Flüchtlingen und länger hier Lebenden auf dem Wohnungsmarkt gibt, ist unbestreitbar“, sagt Alfred Huber, der Vorsitzende des Mieterbundes Heilbronn-Franken. Es sei verständlich, dass Flüchtlinge gerade auf den noch günstigsten Wohnraum drängen. Konsequenz: „Seit 2016 sind die Mietpreise gerade bei älteren, kleineren Wohnungen besonders hochgegangen“, führt Huber aus und kritisiert: „Die Fehler der Vergangenheit auf dem Wohnungsmarkt lassen sich nicht von heute auf morgen beheben.“ Nicht alles, was politisch möglich wäre, werde auch in die Tat umgesetzt, um dem Mangel zu begegnen, kritisiert er. Immerhin hat jetzt der Heilbronner Gemeinderat eine Sozialwohnungsquote beschlossen.

Oft steht der Vorwurf im Raum, der starke Flüchtlingszuzug ab 2015 habe die Lage auf dem Wohnungsmarkt deutlich verschärft. Tatsächlich musste die Stadt Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung stellen. Mehr als 1727 Asylbewerber sind Heilbronn seit 2015 zugeteilt worden, etwa 650 sind in städtischen



Das Zimmer einer Unterkunft für Asylbewerber in Heilbronn. Hier ein Vier-Bett-Zimmer. Foto: Dierolf

Unterkünften anschlussuntergebracht. Wie viele davon die Stadt wieder verlassen haben, lässt sich nicht genau feststellen. Dass sich die Konkurrenz durch Flüchtlinge verschärft hat, ist nicht zu leugnen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die meisten Zuzüge nach Heilbronn seit 2015 nicht aus sogenannten Asylherkunftsländern stammen. Unter den ausländischen Staatsbürgern, die nach Heilbronn zogen, lagen nur Syrer (mit insgesamt 1558 Zuzügen) unter den Top-5-Nationen.

Osteuropa Der Anteil der Neubürger aus Rumänien (3004) lag deutlich darüber. Mit Polen (1464), Kroaten (1388) und Bulgaren (1254) machten vor allem Osteuropäer das Gros des Zuzugs aus. Die meisten Osteuropäer waren wohl Arbeitsmigranten, die durch die Freizügigkeit in der EU legal nach Deutschland gekommen sind und die vorerst nur begrenzte Zeit bleiben. So gesehen ist der wirtschaftliche Boom der Region wohl genauso verantwortlich dafür, dass immer mehr Menschen in Heilbronn eine Wohnung suchen.